29. August 2003

Finanzpolitik stützt Konjunktur!

Zur heutigen halbjährlichen "Maastricht-Meldung" im Rahmen des europäischen Haushaltsüberwachungsverfahrens erklärt das **Bundesministerium der Finanzen**:

Das Bundesministerium der Finanzen hat heute die halbjährliche "Maastricht-Meldung" mit den für 2003 erwarteten gesamtstaatlichen Defizit- und Schuldenwerten an die Europäische Kommission übermittelt. Die Meldung ist regelmäßiger Teil des Europäischen Haushaltsüberwachungsverfahrens und erfolgt auf Arbeitsebene.

Das Staatsdefizit 2003 wird nach der aktuellen Einschätzung bei 3,8 % des Bruttoinlandsprodukts liegen, nach 3,5 % im Vorjahr. Darin spiegelt sich die bisher noch verhaltene gesamtwirtschaftliche Entwicklung wider, die insbesondere auf dem Arbeitsmarkt für zusätzliche Belastungen gesorgt hat. In der Defizitschätzung ist zudem die Entwicklung der Steuereinnahmen in den letzten Monaten berücksichtigt, die zwar unter den Annahmen vom Frühjahr liegt, sich aber zuletzt wieder spürbar positiver darstellte. Der Maastricht-Schuldenstand wird angesichts des vergleichsweise schwachen Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts von 60,8 % (2002) auf 63 % anwachsen. Die Einschätzungen der "Maastricht-Meldung" decken sich in der Grundtendenz mit den Projektionen, die dem Finanzplanungsrat am 2. Juli 2003 vom Bundesministerium der Finanzen vorgelegt wurden. Seit langem ist damit klar, dass sich das Staatsdefizit 2003 um die dreieinhalb Prozent bewegen wird. Mit der vorliegenden Meldung wird dies nun auf der Basis der aktuell zur Verfügung stehenden Daten konkretisiert.

Konjunkturpolitisch ist es unabdingbar, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. Dies hat auch der Rat der europäischen Finanzminister (ECOFIN-Rat) bestätigt, der für den Fall eines schwachen Wachstums 2003 ausdrücklich keine über das Stabilisierungs- und Reformkonzept der Bundesregierung hinausgehende Sparmaßnahmen einfordert. Es geht darum, den Stabilitäts- und Wachstumspakt in seinen beiden Facetten anzuwenden. Entsprechend erfüllt Deutschland mit diesem angemessenen Mix aus kurzfristig notwendiger konjunktureller Stabilisierung bei gleichzeitigem Festhalten an der mittelfristigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie der Durchsetzung weiterer Strukturreformen in diesem Jahr die Stabilitätsanforderungen der Wirtschafts- und Währungsunion. Dies belegt auch eindeutig der Vollzug des Bundeshaushalts 2003. Bis einschließlich Juli fielen Mehrausgaben nur im Bereich der Arbeitsmarktausgaben an, die übrigen Ausgaben waren insgesamt stabil. Konjunkturpolitische Verantwortung ist so mit nachhaltiger Konsolidierung verbunden.

Ziel bleibt es, das Staatsdefizit im kommenden Jahr wieder unter die 3 %-Grenze des Maastricht-Vertrages zurückzuführen. Dieses Ziel ist auch erreichbar, wichtige Konjunkturindikatoren weisen bereits nach oben. Dafür ist es allerdings von zentraler Bedeutung, die Wachstumskräfte zu stärken, wie es mit dem Vorziehen der Steuerreform anvisiert wird. Ebenso ist es unerlässlich, die von der Bundesregierung eingeleiteten Strukturreformen zügig umzusetzen. Die Projektionen zeigen, dass es keine sinnvolle Alternative zu dem von der Bundesregierung eingeschlagenen Reformkurs gibt. Alle politisch Verantwortlichen sind aufgerufen, hier konstruktiv mitzuarbeiten. Eine Blockade der Reformmaßnahmen wäre mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche Situation Deutschlands verantwortungslos.

Ende des Jahres wird die Bundesregierung das neue Stabilitätsprogramm mit einem aktualisierten Abbaupfad für das gesamtstaatliche Defizit vorlegen. Das Programm wird dann auch das für 2004 prognostizierte Staatsdefizit beschreiben.

Anhang: Fragen und Antworten zur "Maastricht-Meldung":

Was genau ist die "Maastricht-Meldung"?

Im Stabilitäts- und Wachstumspakt aus dem Jahr 1997 wurde zur Überwachung der im Vertrag verankerten finanzpolitischen Referenzwerte (insbes. 3%-Defizitgrenze) ein "Meldesystem" installiert, um (von Seiten der Kommission und des ECOFIN-Rates) frühzeitig auf Abweichungen in einzelnen Mitgliedsstaaten reagieren zu können.

Neben den von den Euro-Teilnehmerstaaten jährlich vorzulegenden aktualisierten Stabilitätsprogrammen

(letztmalig für Deutschland: Dezember 2002) sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, jeweils vor dem 1. März und dem 1. September eines Jahres auf Arbeitsebene die erwarteten Defizit- und Schuldenstände des laufenden Jahres auf der Basis der bis zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Daten an die Europäische Kommission zu übermitteln ("Maastricht-Meldung"). Dort wird auf Basis dieser Daten geprüft, wie die in den Stabilitätsprogrammen dargelegte mittelfristige finanzpolitische Linie umgesetzt wird.

Welche Bedeutung hat die Maastricht-Meldung für das laufende Defizit-Verfahren gegen Deutschland?

Am 21. Januar 2003 hat der ECOFIN-Rat eine Empfehlung an Deutschland zum Defizitabbau gerichtet. In ihrer Bewertung vom 21. Mai 2003 erkennt die Europäische Kommission an, dass die von Deutschland zum Defizitabbau eingeleiteten Maßnahmen der Empfehlung entsprechen. Das Defizitverfahren gegen Deutschland ruht daher zur Zeit (Art. 9 Abs. 1 der VO 1467/97). EU-Kommission und Rat überwachen weiterhin die Durchführung der in der Empfehlung vom 21. Januar 2003 enthaltenen Maßnahmen. In den Rahmen dieser Überwachung fällt auch die zum 1. September 2003 anstehende Maastricht-Meldung.

Muss die Europäische Kommission tätig werden, wenn wir für 2003 mehr als 3% melden?

Aus der Empfehlung des Rates vom 21. Januar 2003 folgt, dass Deutschland das derzeitige übermäßige Defizit spätestens bis Ende 2004 beenden muss, sofern keine besonderen Umstände vorliegen. Automatisch drohen daher keine Gemeinschaftsmaßnahmen für den Fall, dass die deutsche Defizitmeldung zum 1. September 2003 die 3 %-Marke übersteigt. Wichtig ist, dass die von Deutschland ergriffenen Maßnahmen auch weiterhin der vom Rat vorgegebenen Linie zum Defizitabbau entsprechen. Solange dies der Fall ist, besteht für die Kommission keine Veranlassung, gegen Deutschland neue Verfahrensschritte einzuleiten. Es besteht Konsens über die Richtigkeit der von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zum Defizitabbau und zur Wachstumsförderung. Entsprechend entbehren die vielfältig kursierenden Meldungen und Szenarien ("Milliardenstrafen für Deutschland"; "Brüssel droht mit Konsequenzen" etc.) jeder Grundlage.

Was ist das Neue gegenüber der Meldung im Frühjahr?

In der Meldung vom Februar 2003 war von einer Unterschreitung der 3 %-Defizitgrenze im laufenden Jahr ausgegangen worden. Seitdem haben sich die Rahmenbedingungen für die Defizitentwicklung deutlich eingetrübt, insbesondere hat sich die noch zu Jahresbeginn unterstellte weltwirtschaftliche und nationale konjunkturelle Belebung verzögert. So sorgt die Entwicklung am Arbeitsmarkt für hohe Belastungen für die öffentlichen Haushalte, die nicht in den Planungen für das laufende Jahr enthalten waren. Bereits im Juli hatte die Bundesregierung daher im Finanzplanungsrat ihre Projektion aktualisiert und das voraussichtliche Staatsdefizit für das laufende Jahr auf dreieinhalb Prozent geschätzt. Diese damals bereits öffentliche Projektion wird nun im Rahmen der "Maastricht-Meldung" auf die genaue Zahl nach dem Komma präzisiert.

Weitere Hintergrundinformationen zur halbjährlichen "Maastricht-Meldung", zum Defizitverfahren sowie zum Stabilitäts- und Wachstumspakt.